

stierten nicht nur mehrere Staaten, u.a. Deutschland, sondern vor allem Greenpeace, das damit drohte, sein gleichnamiges Flaggschiff aus Protest nach Shanghai zu entsenden. Die Umweltschutzorganisation, die ja vor 25 Jahren aus der Protestbewegung gegen Atomversuche hervorging, wolle mit dieser Aktion den Blick der Weltöffentlichkeit auf die VRCh richten und die Führung des Landes dazu zwingen, sich die Pläne mit den "friedlichen Nuklearexplosionen" noch einmal durch den Kopf gehen zu lassen.

Doch es nutzte nichts: Anfang Juni 1996 führte China seinen bereits angekündigten Test in Lop Nor/Xinjiang durch, wobei der Vorgang allerdings von der Zusicherung begleitet wurde, daß China grundsätzlich bereit sei, sich einem internationalen Verbotsabkommen anzuschließen. -we-

Innenpolitik

*(6)
Chinas ethnische Frage und die "Verschwörungen feindlicher westlicher Kräfte"

Der Spitzenfunktionär der Kommunistischen Partei in der Inneren Mongolei, Parteisekretär Liu Mingzu, hat in einem Aufsatz davor gewarnt, daß "feindliche westliche Kräfte" die ethnische Frage in China zu "Infiltration, Sabotage und subversiven Aktivitäten" nutzten. Diese Kräfte versuchten, ethnischen Separatismus und "Verwestlichung" zu schüren, um China zu schwächen. Diesen "Verschwörungen" müsse mit aller Entschlossenheit entgegengetreten werden.

Zugleich seien die Beziehungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen innerhalb Chinas und die wirtschaftliche Entwicklung in Siedlungsgebieten ethnischer Minderheiten stetig zu verbessern, um separatistischen Aktivitäten den "Markt" zu entziehen: "Alle Personen, die sich mit feindlichen westlichen Kräften zusammentun, um ethnischen Separatismus zu betreiben und die Wiedervereinigung des Vaterlandes [dies zielt auf die Taiwan-Frage] zu sabotieren", seien "kompromißlos zu bekämpfen". Allerdings müsse klar zwischen diesen "feindlichen Kräften" und denjenigen unterschieden werden, die sich um eine konstruktive Lösung

realer Probleme bemühen wollten, ohne die Einheit Chinas in Frage zu stellen. (*Neimenggu Ribao*, 3.6.96, nach SWB, 15.6.96)

Liu konkretisiert in seinem Artikel nicht, welche westlichen Kräfte hinter separatistischen Strömungen in Chinas Minderheitengebieten stünden. Offensichtlich begreifen jedoch viele Spitzenfunktionäre die westliche Kritik an der chinesischen Minderheitenpolitik - etwa im amerikanischen Kongreß und jüngst im deutschen Bundestag - als Teil einer antichinesischen "Verschwörung", die auf die "Spaltung" Chinas ziele. Seit Anfang des Jahres haben mehrere Vertreter der chinesischen Parteispitze dieses Thema aufgegriffen und zu harten Maßnahmen gegen aus ihrer Sicht vom Westen manipulierte separatistische Strömungen aufgerufen (siehe etwa Jiang Zemin's scharfe Rede, C.a. 1996/1, S.8-9).

Die drakonischen Unterdrückungsmaßnahmen der letzten Monate in Tibet und Xinjiang werden von Beijings Ängsten vor einer internationalen antichinesischen Verschwörung mit angetrieben. Die westlichen Bemühungen um eine Verbesserung der Situation ethnischer Minderheiten in der VR China scheinen vor diesem Hintergrund gegenwärtig eher zu einer Verschärfung der politischen Repression, nicht aber zu einer Lockerung der chinesischen Minderheitenpolitik beizutragen. -hei-

*(7)
"China kann nein sagen": Antiamerikanische Thesen sind populär

Sechs Jahre nach der Veröffentlichung des Bestsellers *Das Japan, das nein sagen kann* von Shintaro Ishihara und Akio Morita ist nun Ende Mai das chinesische Pendant erschienen: *China kann nein sagen*. Das 435 Seiten starke Buch wurde von fünf jungen Journalisten, Dozenten und Publizisten verfaßt, die sich äußerst kritisch mit den amerikanisch-chinesischen Beziehungen befassen: China dürfe sich nicht dem amerikanischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen "Imperialismus" beugen. Die Taiwan-Frage sei eine innerchinesische Angelegenheit, die die USA nichts angehe; eine militärische Lösung der Taiwan-Frage müsse weiter in Betracht gezogen werden. Ein Bündnis mit Rußland könne dazu dienen, dem amerikanischen Druck zu begegnen. Indem China nein zu westlichem Druck sage, strebe es keine Konfrontation an, sondern einen gleichberechtigten Dialog. (AWSJ, 25.6.96; XNA, 26.6.96)

"Die USA wollen Chinas Traum vom Aufstieg zur wirtschaftlichen Supermacht zunichte machen", sagte Song Qiang, einer der Autoren der Publikation. Das Buch sei eine "Warnung" an die USA, ihre chinafeindlichen Aktivitäten einzustellen, und eine Aufforderung an die chinesische Regierung, eine Außenpolitik der Stärke zu betreiben.

Die USA hätten, so wird in dem Buch argumentiert, einen internationalen "antichinesischen Klub" unter Einschluß Japans und Vietnams gegründet, der Chinas Ansprüche auf Taiwan und die Spratly-Inseln bekämpfe. Die CIA betreibe im Zusammenspiel mit anderen amerikanischen Organisationen eine Kampagne zur Destabilisierung der chinesischen Gesellschaft. Die "kulturelle Invasion" Chinas werde von Hollywood aus mit Filmen betrieben, die Gewalt und Individualismus verherrlichten. Diesen Tendenzen müsse entgegengetreten werden.

Das Buch, das eine verbreitete amerikakritische Stimmung in der Bevölkerung aufgreift, verkauft sich sehr gut. Die erste Auflage von 50.000 Exemplaren war binnen kurzer Zeit vergriffen. Jüngste Umfragen verdeutlichen, daß die Amerika-Bewunderung und - Sehnsucht der achtziger Jahre in den neunziger Jahren einem populären antiamerikanischen Ressentiment gewichen ist. (*Guangjiaojing*, Hongkong, 1996/6, S.92-93) Die jahrelangen Reibungen zwischen Beijing und Washington in Fragen der Menschenrechte sowie der Handels- und Sicherheitspolitik haben zu diesem Stimmungswandel genauso beigetragen wie die massive Patriotismus-Kampagne der letzten Jahre. Die harte Haltung Beijings gegenüber westlichem Druck wird derzeit von einer breiten nationalistischen Strömung in der Bevölkerung getragen. -hei-

*(8)
Personaldiskussionen im Vorgriff auf den XV. Parteitag 1997

Nach detaillierten Informationen der Beijing nahestehenden Zeitschrift *Spiegel* (*Jingbao*, Hongkong, 1.6.96, S.28-31) werden in der Führungsspitze der Kommunistischen Partei Chinas bereits personelle Umstellungen und institutionelle Neuerungen diskutiert, die im kommenden Jahr aus Anlaß des XV. Parteitags und wegen des Anfang 1998 fälligen Rücktritts von Ministerpräsident Li Peng verwirklicht werden sollen (laut Art.87 der Verfassung der VR

China darf das Amt des Ministerpräsidenten nicht länger als zwei Amtsperioden von derselben Person eingenommen werden).

Mit der Auswahl vielversprechender Nachwuchskräfte für Spitzenpositionen auf Provinz- und Ministerebene ist bereits 1995 begonnen worden (siehe C.a., 1995/11, S.1002). Neben der ZK-Organisationsabteilung ist in die personalpolitische Sondierung eine Reihe von Parteiveteranen einbezogen worden. Mehrere Pensionäre im Ministerrang sind im letzten Jahr auf "Inspektionsreisen" entsandt worden, um die Arbeit regionaler politischer Führungskräfte zu beurteilen. Als Ergebnis dieser Evaluationen ist eine Liste mit Kandidaten zusammengestellt worden, die 1997 für den Aufstieg in das Zentralkomitee und in das Politbüro in Frage kommen.

Eine Führungsgruppe für Personalfragen unter dem Politbüro ist gegenwärtig damit beschäftigt, Vorschläge für die künftige Zusammensetzung der politischen Spitzengremien der VR China - insbesondere für Politbüro und Staatsrat - zu erarbeiten. Die Arbeit wird von den Politbüromitgliedern Hu Jintao und Ding Guan'gen geleitet. Neben dem Ständigen Ausschuss des Politbüros mit Jiang Zemin an der Spitze sind einflussreiche Veteranenkader wie Bo Yibo, Yang Shangkun, Wan Li und Song Ping in die Erarbeitung personeller Vorschläge einbezogen. Im einzelnen soll es um die personalpolitischen Perspektiven folgendermaßen bestellt sein:

- Li Peng wird auch nach seinem Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten 1998 seinen Sitz im Politbüro behalten, da Li unter den Veteranen als "ehrlich" und "fügsam" gilt.
- Zhu Rongji, der von manchen als künftiger Ministerpräsident gewünscht wird, ist offenbar nicht zu einer Kandidatur bereit. Auch hat sich Zhu durch seinen konfrontativen Führungsstil eine Menge Feinde in der zentralen Bürokratie und in den Provinzfürhungen gemacht.
- Li Lanqing und Wu Bangguo, beide gegenwärtig stellvertretende Ministerpräsidenten, werden als weitere mögliche Kandidaten für das Amt des Premiers diskutiert. Auch Li Ruihuan, der unter reformerischen Kräften hoch geschätzte Vorsitzende der Politischen Konsultativkonferenz, wird von einigen Veteranenkadern offenbar ins Spiel gebracht.

KP-Generalsekretär Jiang Zemin soll in Abstimmung mit einigen Veteranenkadern Vorschläge für eine institutionelle Umgruppierung in der KP-Führungsspitze vorgelegt haben, die einerseits der personellen Verjüngung, andererseits der politischen Kontinuität dienen soll: Die Anfang der achtziger Jahre abgeschafften Ämter des Parteivorsitzenden und der stellvertretenden Parteivorsitzenden sollen wieder eingeführt werden und mit den derzeitigen Spitzen des Politbüros (Jiang Zemin, Li Peng, Qiao Shi) besetzt werden. Dadurch werde der Weg zur Verjüngung in den Ämtern des KP-Generalsekretärs (heute Jiang Zemin), des Ministerpräsidenten (Li Peng) und des Parlamentspräsidenten (Qiao Shi) frei, ohne daß das funktionsfähige derzeitige Führungskollektiv der Partei auseinandergerissen werde.

Die Vorschläge Jiang Zemins werden gegenwärtig, so die Hongkonger Zeitschrift, noch diskutiert, sind aber in der Parteispitze auf ein positives Echo gestoßen, da sie ein tragfähiges Übergangsarrangement bieten könnten. Ein größeres Revirement in der Parteispitze könnte nach verbreiteter Einschätzung dazu führen, daß die in den letzten Jahren relativ stabile Balance zwischen verschiedenen innerparteilichen Interessen- und Meinungsgruppen gestört würde. Eine Destabilisierung des Führungskerns sei aber in der gegenwärtigen Umbruchsituation außerordentlich riskant. -hei-

*(9)

Die Kommunistische Partei wächst: 57 Millionen Mitglieder

Nach Angaben der Organisationsabteilung des KP-Zentralkomitees hat sich die Zahl der Parteimitglieder gegenüber 1995 um 2,19 Mio. auf nun insgesamt mehr als 57 Mio. erhöht. Unter den neu rekrutierten Mitgliedern soll knapp die Hälfte aus "Arbeitern und Bauern" bestehen. Etwa drei Viertel der neuen Mitglieder seien jünger als 35 Jahre; 450.000 Frauen und 160.000 Vertreter ethnischer Minderheiten befänden sich darunter; 1,55 Mio. der neu Rekrutierten besäßen mindestens einen Oberschulabschluß. Mit diesem Mitglieder-schub sei die Zusammensetzung der Partei nach Alter, Bildungsstand, Geschlecht, Beruf und ethnischer Zugehörigkeit "weiter vervollkommnet" worden. (Xinhua, 14.6.96)

Der Staatlichen Erziehungskommission zufolge ist der Anteil der Parteimitglieder unter den Hochschulstudenten von

weniger als 1% 1989 auf 1995 3% gestiegen. Unter den Forschungsstudenten, die auf einen Magister- oder Doktorabschluß hinarbeiteten, gehörten inzwischen gar 22% der Partei an. (XNA, 28.6.96) Nach der Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 war das Interesse der Studenten an einer Parteimitgliedschaft zunächst drastisch zurückgegangen. In den letzten Jahren scheinen die Rekrutierungsbemühungen innerhalb der Hochschulen jedoch Erfolge zu zeitigen.

Der Glaube an den Marxismus-Leninismus und an die revolutionäre Mission der Kommunistischen Partei dürfte nur bei den wenigsten Jungmitgliedern eine ausschlaggebende Rolle für den Parteieintritt spielen. Vielmehr dient die Parteimitgliedschaft in erster Linie als Karrierevehikel, das den Zugang zu den weitgespannten Beziehungsnetzen der Mächtigen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft Chinas eröffnet.

Ein Professor der Zentralen Parteischule in Beijing merkte zu der offenbar wieder wachsenden Attraktivität der Parteimitgliedschaft realistisch an, daß Universitätsstudenten häufig "aus praktischen Erwägungen" der Partei beiträten. (SCMP, 28.6.96) Arbeitsplätze und Leitungspositionen in staatlichen Institutionen, Medien und Unternehmen werden weiterhin bevorzugt an Parteimitglieder vergeben. Auch ergeben sich für Partei- und Verwaltungsfunktionäre beträchtliche Möglichkeiten zu Nebeneinkünften über "Berater"-Tätigkeiten für Unternehmen oder auch über direktere Formen der administrativen "Abschöpfung" und des "rent-seeking". Ein führender Shanghaier Medienvertreter bemerkte nüchtern, daß die Parteimitgliedschaft häufig direkt mit einer Verbesserung der Einkommenschancen verbunden sei. (SCMP, 29.6.96) -hei-

*(10)

Der Deng-Clan verliert an Einfluß

Deng Xiaopings gesundheitsbedingter Rückzug aus der aktiven Politik hat seit 1995 zu einem fortschreitenden politischen und wirtschaftlichen Einflußverlust seiner Familienangehörigen geführt. (Xingdao Ribao, Hongkong, 24.6.96, nach SWB, 25.6.96; Die Welt, 10.7.96)

- Um Deng Rong, die Anfang 1995 durch eine Biographie über ihren Vater in englischer Sprache und durch eigenwillige Äußerungen zu politischen Fragen aufgefallen war,

ist es still geworden. Offenbar ist es ihr von der Beijinger Führung verboten worden, ohne vorherige Genehmigung Aussagen zum Gesundheitszustand ihres Vaters zu machen (siehe C.a., 1995/1, S.8).

- He Ping, Schwiegersohn von Deng Xiaoping (verheiratet mit Deng Rong) und bislang Präsident des mächtigen Militärkonzerns Poly Technologies Inc., wurde kürzlich dazu aufgefordert, seine Position aufzugeben. Der Poly Group wird vorgeworfen, in illegale Waffenexporte verwickelt zu sein.
- Deng Zhifang, Deng Xiaopings zweitältester Sohn und Präsident der Shougang Concord Grand (Group) Ltd, wurde jüngst im Zusammenhang mit einem Korruptionsskandal der Shougang-Gruppe von den Justizbehörden vorgeladen.
- Deng Xianqun, die jüngere Halbschwester von Deng Xiaoping und bis vor kurzem in einer Leitungsposition in der Politischen Hauptabteilung der Volksbefreiungsarmee beschäftigt, mußte jüngst ihren Posten räumen und wurde pensioniert.

Die noch vor zwei Jahren führende Familie Chinas hat mit dem Rückzug Deng Xiaopings offensichtlich an Einfluß verloren. Die wirtschaftlichen Machenschaften der Nachkommen Dengs hatten in der Beijinger Führung schon seit Jahren Mißtrauen erregt. Seit 1995 ist der Stern des Deng-Clans am Sinken. Die amtierende Parteiführung um Jiang Zemin sieht es offenbar nicht mehr als nötig an, den vormaligen Sonderstatus der Dengs noch weiter aufrechtzuerhalten und gute Beziehungen zu pflegen. Diese Entwicklung bestätigt indirekt die Einschätzung, daß Deng Xiaoping keinen Anteil an der politischen Entscheidungsfindung im Beijinger Machtzentrum mehr nimmt. -hei-

*(11)

Neue Angaben zur Zahl der Opfer des 4. Juni 1989

Die Hongkonger Zeitschrift *Wettstreit* (*Zhengming*, 6/1996, S.6-7) hat aus Kreisen des Nationalen Volkskongresses und der Akademie der Sozialwissenschaften inoffizielle Angaben über die Zahl der Anfang Juni 1989 in Beijing Getöteten und Verletzten in Erfahrung gebracht.

Staatspräsident und KP-Generalsekretär Jiang Zemin habe auf Anfragen aus den Reihen der Abgeordneten während der

diesjährigen Tagung des Nationalen Volkskongresses erstmals genauere interne Zahlen der Opfer des 4. Juni bekanntgegeben. Jiangs Angaben stimmen mit Statistiken überein, die während eines internen Seminars der Akademie der Sozialwissenschaften Anfang März genannt worden seien. Die Zahlenangaben beruhen laut *Zhengming* auf Nachforschungen der chinesischen Sicherheitskräfte:

- Landesweit sind Ende Mai/Anfang Juni 1989 insgesamt 931 Personen ums Leben gekommen und mehr als 22.000 verwundet worden.
- In Beijing sind allein 523 Personen umgekommen und 11.570 verwundet worden. Unter den Toten befanden sich 57 Beijinger Studenten sowie 171 aus anderen Städten angereiste Studenten. Unter den Soldaten und sonstigen Sicherheitskräften gab es in Beijing 45 Tote und 6.240 Verletzte.
- In Chengdu (Provinz Sichuan), wo es Anfang Juni 1989 ebenfalls zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften gekommen war, starben 277 Menschen, über 2.100 wurden verletzt.
- In mehreren anderen Provinzhauptstädten (aufgeführt werden Wuhan, Guiyang, Harbin, Zhengzhou und Lanzhou) gab es jeweils eine kleinere Zahl von Toten und Verletzten.
- Im Frühsommer 1989 haben in insgesamt 21 chinesischen Städten Demonstrationen mit mehr als 5.000 Teilnehmern stattgefunden. Landesweit nahmen 3,72 Mio. Menschen an den Kundgebungen teil.

Die in der Hongkonger Zeitschrift gemachten Zahlenangaben lassen sich bisher nicht durch offizielle Quellen verifizieren. Sie erscheinen aber plausibel, da sie mit vorsichtigen Schätzungen in fundierten westlichen Analysen (siehe Peter Schier et al., *Studentenprotest und Repression in China, April-Juni 1989*, Hamburg 1993, S.44-45) weitgehend übereinstimmen. Die chinesische Führung dementiert bis heute, daß es mehrere hundert Tote infolge der Unterdrückungsmaßnahmen Anfang Juni 1989 gegeben habe. -hei-

*(12)

Juristische Kritik an der Kampagne zur Kriminalitätsbekämpfung

In der dem Justizministerium zugeordneten *Rechtsordnungszeitung* (*Fazhi Ribao*, 14.6.96) haben drei Juristen eine kurze, kaum verhohlene Kritik an

den Exzessen der jüngsten Kampagne zur Kriminalitätsbekämpfung geübt (die Kampagne steht unter dem Motto "Hart zuschlagen", siehe C.a., 1996/5, S.477-78). Das Verlangen, Straftaten rasch aufzuklären und zu strengen Urteilen zu kommen, dürfe nicht zum "Beiseiteschieben rechtlicher Verfahrensbestimmungen" führen. Die Kriminalitätsbekämpfung unterliege den Regeln, die in Gesetzen und sonstigen Rechtsbestimmungen festgehalten seien. Eine juristisch korrekte Behandlung der Fälle müsse gesichert bleiben.

Gegen die in der Kampagne zutage tretende Polizei- und Justizwillkür sind solche Stimmen machtlos. Das Justizministerium bietet aber mit der *Rechtsordnungszeitung* immerhin ein Forum, solche Kritik zu äußern. Justizminister Xiao Yang hält an dem offiziell verkündeten Ziel fest, China noch vor der Jahrhundertwende zu einem "sozialistischen Rechtsstaat" zu machen. Im dritten Fünfjahresplan zur Entwicklung des Rechtssystems ist vorgesehen, daß bis zum Jahr 2000 sogar 80% aller Dörfer ihre Angelegenheiten nach den Maßgaben von Recht und Gesetz regeln sollen. (SCMP, 19.6.96)

Die *Rechtsordnungszeitung* verkündete darüber hinaus in einem Leitartikel, daß es nun an der Zeit sei, "das Recht dem Volk zu übergeben" (*ba falü jiao gei renmin*). (*Fazhi Ribao*, 18.6.96) Die Aufklärung der Bevölkerung über ihre in Verfassung und Gesetzen garantierten Rechte werde von nun an gezielt gefördert: Man müsse "schrittweise das Bewußtsein und die Kompetenz der Volksmassen zur Ausübung ihrer demokratischen Rechte und zur Teilnahme an der Regelung staatlicher Angelegenheiten erhöhen".

Die Kampagne zur Verbrechensbekämpfung aber zeigt, daß die VR China auch nach der Verabschiedung Hunderter neuer Gesetze und trotz ständig wiederholter offizieller Bekenntnisse zur Rechtsreform auf dem Weg zum Rechtsstaat noch nicht entscheidend vorangekommen ist: Idee und Praxis der Rechtsstaatlichkeit haben bis heute nur in verschwindend kleinen Teilen des chinesischen Justizapparates Eingang gefunden. Das Strafrecht ist in der Praxis - trotz vordergründig vielversprechender Neuerungen (siehe C.a., 1996/3, S.260) - weiterhin durch Justizwillkür und politische Manipulationen gekennzeichnet. Die jüngste Kampagne ist ein schwerer Rückschlag für die Modernisierung des chinesischen

Rechts- und Justizsystems, um die sich eine Minderheit aufgeklärter Juristen und Funktionäre in Beijing bemüht. -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(13)

Konferenz der Akademiemitglieder

Vom 3.-7. Juni 1996 kamen in Beijing die Akademiemitglieder der beiden naturwissenschaftlich-technischen Akademien, der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und der Chinesischen Akademie der Ingenieurwissenschaften, zu ihrer 8. bzw. 3. Konferenz zusammen. Die 7. Konferenz der Mitglieder der Akademie der Wissenschaften, während der die Akademie der Ingenieurwissenschaften gegründet worden war, hatte im Juni 1994 stattgefunden (vgl. C.a., 1994/6, Ü 14). Künftig werden die Konferenzen der Akademiemitglieder der beiden Akademien gemeinsam veranstaltet, und zwar alle zwei Jahre. Von der Akademie der Wissenschaften nahmen 500, von derjenigen der Ingenieurwissenschaften 300 Akademiemitglieder teil. Auf der Konferenz waren hohe Regierungsvertreter anwesend; Ministerpräsident Li Peng hielt eine Rede, in der er die Bedeutung von Wissenschaft und Technik für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas betonte.

Die Präsidenten beider Akademien, Zhou Guangzhao bzw. Zhu Guangya, unterbreiteten ihre Tätigkeitsberichte (RMRB, GMRB, XNA, 4.6.96 u. 8.6.96). Zhou Guangzhao bezeichnete in seinem Bericht Grundlagenforschung, Forschung über die natürlichen Ressourcen, Umwelt und Ökologie sowie die Entwicklung von Maßnahmen zur Förderung der Volkswirtschaft und von neuen und High-Tech-Industrien als Schwerpunkte der Arbeit der Akademie der Wissenschaften. Man werde sich bemühen, das ökologische Netzwerk Chinas auszubauen und eine wissenschaftliche Basis für nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung bieten. Ferner wolle man eine Reihe von High-Tech-Unternehmen auf den Gebieten Informationswesen, Materialkunde, Biotechnologie und Medizin gründen. Ein weiterer Schwerpunkt sei die Beratung der politischen Führung hinsichtlich der sozioökonomischen Entwicklung und der Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Innerhalb der nächsten fünf

Jahre, so kündigte Zhou außerdem an, werde die Akademie mehr als 10.000 Postgraduierte, Doktoranden und Post-Doc-Wissenschaftler ausbilden. (XNA, 5.6.96)

Erstmals nahmen an der Konferenz auch fünf der 14 ausländischen Akademiemitglieder teil, die 1994 gewählt worden waren (vgl. C.a., 1994/6, Ü 15). Bei den fünf Teilnehmern handelte es sich um Ausländer chinesischer Herkunft, namentlich den Nobel-Preisträger Chen Ning Yang; den Präsidenten der California University, Berkeley, Chang-lin Tien; den emeritierten Professor für Mathematik der California University, Berkeley, Shiing-shen Chern; Samuel Ting aus Westeuropa; und Leroy Chang aus Hongkong. (XNA, 4.6.96) Auf der Abschlusssitzung wurde eine weitere Gruppe von zehn ausländischen Wissenschaftlern zu Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften gewählt; wie schon bei der ersten Gruppe sind auch die neu gewählten Mitglieder in der Mehrzahl chinesischer Herkunft. Die Namen der neuen ausländischen Mitglieder lauten: Robert W. Cahn (Großbritannien), A.Y. Cho (USA), W.N. Christiansen (Australien), C.W. Chu, Y.W. Kan, Charles K. Kao, T.Y. Lin, H.K. Mao, Y.R. Shen (alle aus USA), P.J. Wyllie (Großbritannien). Auch für die Akademie der Ingenieurwissenschaften wurden jetzt ausländische Techniker zu Akademiemitgliedern gewählt, insgesamt sieben, darunter zwei chinesischer Herkunft, nämlich der bekannte Architekt Ieoh Ming Pei und der Experte für Faseroptik-Kommunikation Tingye Li (beide USA), außerdem drei weitere Amerikaner, ein Japaner und ein Russe (vgl. XNA, 8.6.96).

Die Akademie der Wissenschaften wählte auch ihr Präsidium neu. Es besteht aus 19 Personen; Zhou Guangzhao wurde in seinem Amt als Akademiepräsident bestätigt (GMRB, 8.6.96).

Auf der Konferenz wurden insgesamt 160 Forschungsberichte und Fachvorträge gehalten. Außerdem diskutierten die Akademiemitglieder eingehend über die Strategie, China durch Wissenschaft und Bildung zur Blüte zu führen, und über die Forschungsplanung für die Arbeit im Rahmen des 9. Fünfjahrplans (1996-2000) und des längerfristigen Entwicklungsplans bis zum Jahre 2010.

Schließlich wurden auf der Konferenz begehrte Wissenschaftspreise verliehen. Sie bilden mittlerweile einen festen Be-

standteil des Wissenschaftssystems, um Anreize für Wissenschaftler zu schaffen. Den angesehenen Tan Kah Kee (Chen Jiageng)-Preis, der in diesem Jahr zum sechstenmal vergeben wurde, erhielten acht Wissenschaftler, darunter der Aerologe Ye Duzheng und Yang Jiachi, der in den sechziger Jahren an der Entwicklung von Lenkflugkörpern und der Atombombe beteiligt war und ein Experte für bergungsfähige Satelliten ist. Die Preisträger wurden mit einer Medaille und jeweils 100.000 Yuan ausgezeichnet. Der Tan Kah Kee-Preis wurde 1988 eingerichtet. Das Stiftungskapital kommt aus dem Nachlaß von Tan Kah Kee, einem wohlhabenden Auslandschinesen, der in China Schulen und Hochschulen baute. Ein zweiter Wissenschaftspreis, der "Chinesische Preis für Ingenieurwissenschaft und -technik", wurde zum erstenmal verliehen. Er ging an zwölf Wissenschaftler und Techniker, darunter den 93jährigen Maschinenbauer Shen Hong, den Automationsexperten Jiang Xinsong, Pionier der chinesischen Roboterindustrie, und den Wasserbautechniker Zhang Guandong. (Vgl. RMRB u. XNA, 8.6.96)

*(14)

Gründung zweier mathematischer Forschungszentren

Am 9. Juni 1996 wurde in Beijing ein "Zentrum für mathematische Forschung und Ausbildung" gegründet mit dem Ziel, die Forschung auf dem Gebiet der Mathematik zu fördern und hochqualifizierte Mathematiker auszubilden. Das Zentrum wird von mehreren Schwerpunktuniversitäten betrieben und dient der Vernetzung der mathematischen Institute dieser Universitäten. Das Zentrum untersteht der Staatlichen Bildungskommission, die mehr als 1 Mio. Yuan Anschubfinanzierung zur Verfügung stellte. Die beteiligten Institute praktizieren Personalaustausch und gemeinsame Verwendung der Ressourcen. Das Zentrum soll eine offene, wissenschaftliche Atmosphäre schaffen, die es den Wissenschaftlern ermöglicht, hervorragende Ergebnisse in der Mathematik und ihren Anwendungsgebieten zu erzielen und Nachwuchswissenschaftler von internationalem Niveau für das nächste Jahrhundert auszubilden. (GMRB, XNA, 10.6.96) Weiterhin verlautete, daß die Staatliche Bildungskommission die mathematische Forschung und Ausbildung an der Beijing-, Nankai-, Fudan- und Qinghua-Universität weiter unterstützen werde (GMRB,